

Verleihung des Margherita-von-Brentano-Preises 2017 an Prof. Dr. Beate Rudolf am 4. Juli 2017.

Rede der Preisträgerin

Sehr geehrte Anwesende, liebe Wegbegleiter_innen und Freund_innen,

ich danke der Freien Universität Berlin sehr herzlich für die Auszeichnung mit dem Margherita von Brentano-Preis. Mein Dank gilt besonders denen, die mich vorgeschlagen haben, er gilt dem Zentralen Frauenrat für die Entscheidung, und Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, dass Sie es sich nicht haben nehmen lassen, heute hier zu sein. Sie zeigen damit, dass die Förderung von Wissenschaftlerinnen und der Frauen- und Geschlechterforschung nach wie vor ein zentrales Anliegen der Freien Universität Berlin ist und von der Universitätsspitze getragen wird – nicht nur verbal, sondern auch ganz real, durch finanzielle Förderung und strukturelle Verankerung. Das ist leider, trotz aller verfassungs- und menschenrechtlichen Verpflichtung zur Gleichstellung von Frauen, keine Selbstverständlichkeit. Das Bekenntnis der Freien Universität Berlin zur Frauen- und Geschlechterforschung und zur Geschlechtergleichstellung ist erst recht keine Selbstverständlichkeit in Zeiten, in denen die Feinde von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten den Antifeminismus als Brücke in die gesellschaftliche Mitte nutzen. Deshalb ermutige ich Sie dazu, dass sich die Freie Universität weiter und stärker für die volle Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzt, so wie es Grundgesetz und die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW verlangen und wie es einer Gesellschaft, die nach Gerechtigkeit strebt, ansteht.

Frauen- und Geschlechterforschung und feministische Politik und Praxis stellen Gewohntes in Frage, sie hinterfragen gesellschaftliche Machtverhältnisse und sie zielen darauf ab, diese zu verändern. Sie wollen Menschen zur freien und selbstverantwortlichen Entscheidung über ihr Leben befähigen, und sie wollen dazu beitragen, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Ausübung des individuellen Selbstbestimmungsrechts auch tatsächlich bestehen. Es reicht beispielsweise nicht, Menschen persönlich darin zu stärken, dass sie über ihr Leben entscheiden, also: politisches Engagement oder nicht? Partnerschaft oder nicht? Berufstätigkeit oder nicht? Wenn ja, welcher Beruf? Kinder oder Pflege von Angehörigen? Oder keines von beiden? All diese Entscheidungen kann nur treffen, wer sie dann auch leben kann – wenn also politische Entscheidungen nicht in Hinterzimmern oder auf der Herrentoilette getroffen werden, wenn alle Frauen tatsächlich Zugang zu Methoden der Familienplanung haben, wenn gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit gezahlt wird, wenn Sorgearbeit sozial und finanziell anerkannt wird, und wenn Menschen wissen, dass sie nicht allein gelassen werden, wenn sie sich gegen Diskriminierung wehren wollen.

Frauen- und Geschlechterforschung und feministische Politik und Praxis wollen eine gerechtere und freiere Gesellschaft für alle Menschen erreichen. Deshalb sage ich: Ich bin Feministin, weil ich Menschenrechtlerin bin.

Oder anders gewendet: Wer Menschenrechte ernst nimmt, muss Feminist_in sein!

Seit der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte von 1993 ist zweierlei international anerkannt: Erstens: Frauenrechte sind Menschenrechte. Zweitens: Die Menschenrechte sind universell, wechselbezüglich und unteilbar – „universal, interrelated and indivisible“.

Für feministische Wissenschaft, Politik und Praxis heißt das: Intersektionalität denken und Solidarität leben!

Intersektionalität denken! heißt:

- auf den gemeinsamen Erfahrungen von Frauen von Diskriminierung und Marginalisierung infolge von patriarchalen Strukturen, Denkmustern und Praktiken aufbauen und
- zugleich die Verschiedenheit der Lebenssituationen von Frauen berücksichtigen.

Wir alle hier verdanken es den Women of Color in der zweiten Frauenbewegung, dass sie klar gemacht haben: Weiße Feminist_innen blenden oft die Lebenswirklichkeit von Women of Color und anderer marginalisierter Frauen aus. Und die Women of Color in der Frauenbewegung haben gleich die Antwort geliefert, wie das geändert werden kann: Intersektionalität mitzudenken heißt, die betroffenen Frauen selbst sprechen zu lassen.

Für die Frauen- und Geschlechterforschung bedeutet das: partizipative Forschung betreiben! Ich finde es deshalb großartig, dass das Forschungskollektiv „Frauen und Flucht“ heute ausgezeichnet wird, das genau solche Forschung zusammen mit dem International Women Space durchgeführt hat.

Für feministische Politik und Praxis heißt das: nicht über andere Frauen sprechen, sondern mit ihnen! Wie sehr das noch immer fehlt, sehen wir hierzulande im Streit um das Kopftuch. Kopftuch tragenden Frauen wird immer wieder abgesprochen, überhaupt Feministinnen sein zu können. Dabei ist es doch einfach: Es kommt nicht darauf an, was jemand auf dem Kopf hat, sondern im Kopf. Und das findet man nur heraus, wenn man miteinander spricht. Deshalb müssen wir alle uns dafür einsetzen, dass marginalisierte Frauen mehr Raum bekommen, um am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Der für ein demokratisches Gemeinwesen unverzichtbare Diskursraum stellt sich – auch in Zeiten des Internets und der sozialen Medien – nicht einfach ein, indem Meinungsfreiheit gewährleistet ist, sondern er muss aktiv organisiert und verteidigt werden – gerade für Feminist_innen und noch mehr für Feminist_innen of Color, die durch frauenfeindlichen Hass aus dem gesellschaftlichen Diskursraum verdrängt werden sollen.

Intersektionalität verlangt zudem Selbstreflexivität – eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den eigenen Positionen. Bin ich glaubwürdig oder messe ich mit zweierlei Maß? Blende ich die Lebenssituation bestimmter Frauen aus? Wenn ja, warum und wie kann ich das überwinden?

Unglaublich ist, wer Verletzungen der Menschenrechte von Frauen nur bei dem „fremden“ Anderen sieht und benennt, nicht aber bei sich selbst. Wer gegen Genitalverstümmelung kämpft, darf deshalb über geschlechtszuweisende Operationen an intersexuellen Säuglingen und Kindern nicht schweigen. Glaubwürdig ist allein, wer sich gegen sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt ausnahmslos einsetzt, und nicht nur, wenn es gegen angebliche Nordafrikaner geht. Wer Frauen in die Aufsichtsräte bringen will, darf Frauen in Armut nicht vergessen.

Wer durch partizipative Forschung und das gegenseitige Gespräch die Lebenswirklichkeit anderer wahrnimmt, erlebt: Intersektionalität ist nichts für intellektuelle Feiglinge! Denn ein intersektionaler Ansatz steht einfachen Lösungen entgegen. Aber nicht Intersektionalität macht die Welt kompliziert, sondern die Welt ist komplex. Und Intersektionalität hilft, mit der Komplexität angemessen umzugehen, um die gleichen Menschenrechte für alle Menschen Wirklichkeit werden zu lassen.

Meine zweite Schlussfolgerung aus der Universalität, Wechselbezüglichkeit und Unteilbarkeit aller Menschenrechte, einschließlich der Menschenrechte von Frauen, ist:

Solidarität leben!

Wir erleben heute in einem lange nicht gesehenen Maße einen Backlash gegen die Menschenrechte, und insbesondere gegen die Menschenrechte von Frauen. Gegen solche Bestrebungen hilft es, sich daran zu erinnern: Menschenrechte mussten immer gegen Widerstände erkämpft werden, und soziale Bewegungen waren dann erfolgreich, wenn sie über den Kreis der Betroffenen hinaus Unterstützung fanden. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Ehe für alle, die der Bundestag vergangene Woche endlich auch für Deutschland beschlossen hat. Wie in anderen Ländern der Welt war es eine zentrale Erfolgsbedingung, dass auch heterosexuelle Menschen sich gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften einsetzten. Denn wer die Diskriminierung von Menschen zulässt, weil er oder sie selbst nicht betroffen ist, der trägt dazu bei, dass das zentrale Fundament menschlichen Zusammenlebens unterminiert wird: die Anerkennung des anderen Menschen als eines Gleichen, dessen Rechte denselben Wert haben wie die eigenen.

Die Frauenbewegungen waren immer dann stark, wenn sie Solidarität gelebt haben und wenn sie sich nicht von internen Konflikten haben zersplittern lassen. Ich beobachte mit Sorge, dass Auseinandersetzungen unter Feminist_innen zuweilen den Eindruck erwecken, der wirkliche und mit allen Mitteln zu bekämpfende Gegner seien die anderen Feminist_innen, die die eigene Position ablehnen, und nicht etwa diejenigen, die die Menschenrechte von Frauen lediglich politisch instrumentalisieren oder die zwar einzelne Positionen teilen, nicht aber die Grundlage menschenrechtlichen und feministischen Engagements: gleiche Würde und gleiche Rechte jedes Menschen.

Exemplarisch hierfür erscheint mir die Debatte um Sexarbeit, wie sie sich zuletzt um das Prostituiertenschutzgesetz entspannt hat. Wenn in der Debatte keine Bereitschaft zum Zuhören besteht, wenn keine tiefergehende inhaltliche Auseinandersetzung mit der Position des Gegenüber erfolgt, wenn nicht anerkannt wird, dass die andere Person ebenso wie man selbst um die richtige Lösung für eine komplexe Problematik ringt, sondern wenn vielmehr der anderen Person abgesprochen wird, Feminist_in zu sein und/oder wenn ihr unterstellt wird, sie habe sich korrumpieren lassen, dann ist das nicht nur das Gegenteil dessen, was die Menschenrechte in moralischer Hinsicht von jedem Menschen verlangen, sondern es besorgt auch das Geschäft derjenigen, die den demokratischen Diskurs verachten und Menschenrechte bekämpfen.

Mich erfüllt auch mit Sorge, wenn versucht wird, einen hegemonialen feministischen Diskurs zu begründen, indem einflussreiche Feministinnen versuchen, neue Stimmen zum Schweigen zu bringen. Ich bin überzeugt, dass wir in Wissenschaft und Politik beides brauchen: neue Stimmen, die Anerkanntes in Frage stellen, und die Stimmen, die die reichhaltigen Erfahrungen der früheren Frauenbewegungen wachhalten.

Statt sich in Streit zu verzetteln, ob Queerfeminismus noch Feminismus ist oder ob es ausgrenzend ist, wenn Feminist_innen sich allein mit Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen befassen, sollten wir erkennen: Es braucht beides! Denn es geht darum, dass Menschen infolge derselben patriarchal geprägten Strukturen und Vorstellungen nicht in den vollen Genuss aller ihnen zustehenden Menschenrechte kommen.

Zur menschenrechtlich gebotenen Solidarität gehört es schließlich auch, Solidarität mit anderen zu zeigen, die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Denn die Menschenrechte sind unteilbar!

Deshalb müssen sich Feminist_innen auch solidarisch zeigen mit Menschen, die rassistische Diskriminierung erfahren, mit Menschen, die wegen der Ausübung ihrer Religionsfreiheit unter Generalverdacht gestellt werden, mit geflüchteten Menschen, wenn ihnen das Recht auf ein faires Asylverfahren und menschenwürdige Unterbringung aus migrationspolitischen Gründen abgesprochen wird, und mit Menschen, die behindert werden.

Mein Bild dieser umfassenden und menschenrechtlich gebotenen feministischen Solidarität ist der Women's March on Washington nach der Amtseinführung von Donald Trump im Januar dieses Jahres. Dort war auf dem Podium Platz für ganz unterschiedliche menschenrechtspolitische Anliegen, auch wenn nicht jede_r der Teilnehmer_innen alle Anliegen teilte. Denn allen war klar: Nur gemeinsam sind wir stark! Nur gemeinsam können wir die Menschenrechte aller Menschen verwirklichen.

Sehr geehrte Anwesende, liebe Wegbegleiter_innen und Freund_innen,

ich bin der Freien Universität Berlin dankbar, dass sie mir die Möglichkeit gegeben hat, mich als Wissenschaftlerin in Forschung und universitärem Leben für die gleichen Rechte von Frauen einzusetzen und dies aus einer intersektionalen Perspektive zu betreiben. Dem Deutschen Institut für Menschenrechte bin ich dankbar, dass es mir den Raum gibt, die Menschenrechte aller wirklich zusammenzudenken und geschlechtsbasierte Diskriminierung durch alle Arbeitsfelder hindurch anzugehen. Ich freue mich, dass der Margherita-von-Brentano-Preis mir einen Grundstock gibt, um zusammen mit Marsha Freeman den internationalen Kommentar zur UN-Frauenrechtskonvention CEDAW in zweiter Auflage herauszubringen und damit die Menschenrechte von Frauen für Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit besser zugänglich und anwendbar zu machen. Ganz persönlich freue ich mich, dass mit der Preisverleihung eine Brücke zwischen den Generationen von Feminist_innen geschlagen wird – denn der CEDAW-Kommentar geht, wie Sie gehört haben, auf eine gemeinsame Idee der viel zu früh verstorbenen Margherita-von-Brentano-Preisträgerin Beate Schöpp-Schilling und mir zurück. Und ich hoffe, es wird Marsha Freeman und mir gelingen, mit der Zweitaufgabe weitere Brücken zu schlagen, über Generationen und Kontinente hinweg.

Herzlichen Dank!